Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 86. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 20. Februar 1868.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 19. Februar.

52. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch der Finanzminister mit mehreren Commissarien.

Folgende von zahlreichen Mitgliedern der nationalliberalen und der Fortschrittspartei unterstützte Interpellation des Abg. Lasker wird verlesen:

„Nach hier eingegangenen und durch einige Zeitungen veröffentlichten Privatberichten soll zu Jerusalem der dort der Gerichtsbarkeit des preußischen Consulats unterworfene Arjeh Markus in seinem eigenen Hause von dem Consul der Vereinigten Staaten Nord-Amerikas gewaltsam ergriffen, körperlich gemißhandelt und ins Gefängniß geworfen worden sein. Als Grund des gewaltsamen Verfahrens und der Mißhandlungen wird angegeben, daß der amerikanische Consul ein vierzehnjähriges Mädchen jüdischer Religion, die hinterlassene Waise eines geborenen preußischen Bürgers Namens Steinberg, welche unter der Vormundschaft des Arjeh Markus steht, wider den Willen des Vormundes und des Mädchens selbst, einer zum Christenthume übergetretenen Schwester der Letzteren zuführen wollte, durch Veranlassung des Arjeh Markus aber des Mädchens nicht habhaft werden konnte. Dem preußischen Consulate wird vorgeworfen, daß es, obschon angerufen, dem Arjeh Markus keinen Beistand geleistet, sondern den amerikanischen Consul in seinem gewaltsamen Verfahren unterstützt habe.

Ich erlaube mir, an die k. Staatsregierung die Anfrage zu richten: I. Ob dieselbe von dem Vorfalle Kenntniß erhalten hat? II. Ob sie nach der ihr bekannt gewordenen Sachlage das Verfahren des preußischen Consulats für gerechtfertigt hält? III. Entgegengesetzten Falles: Ob und welche Mittel die kgl. Staatsregierung ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt, um den bedrohten Personen wirksamen Schutz zu verleihen und die Beamten des preußischen Consulats zur Rechenschaft zu ziehen."

Der Finanzminister erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Lasker: Es sind an mich vielfache Zuschriften ergangen, welche darthun, daß über den Vorfall, der von den Vertretern der jüdischen Gemeinde in Jerusalem hierher berichtet worden ist, in vielen Kreisen und namentlich unter meinen Glaubensgenossen, erhebliche Aufregung herrscht. Ich habe deshalb gemeint, daß es sowohl aus speciellen, wie aus allgemeinen Gründen rathsam sei, diese Aufregung zu beschwichtigen und eine Erklärung der Staatsregierung zu extrahiren, welche die Gemüther beruhigen könnte, indem sie entweder darthut, daß der Sachverhalt anders ist, als man ihn hierher berichtet hat, oder daß für den Fall, daß in der That zwei preußischen Schutzgenossen ein Unrecht zugefügt worden ist, denselben hinreichend Genugthuung gewährt wird. Wir haben vor gar nicht langer Zeit im preußischen Landtage sowohl, wie im Reichstage, ein neues Consulargesetz angenommen, von dem man sich einen wirksamen Schutz für die preußischen Schutzgenossen versprach und ich glaube, daß, wenn preußischen Schützlingen Gewalt angethan sein sollte, auch eine Remedur eintreten wird. Aber auch nach der allgemeinen politischen Lage schien mir die Interpellation rathsam, damit nirgends der Verdacht aufkomme, daß die preußische Regierung auch gegenwärtig ihren Schutzgenossen den vollen Schutz zu gewähren nicht im Stande sei. In einzelnen Kreisen Süddeutschlands scheint die Neigung vorhanden, aus diesem Umstande Capital zu schlagen, gegen Preußen resp. gegen Norddeutschland. Ich habe die Ueberzeugung, daß wenn wirklich Unrecht geschehen ist, die preußische Regierung sich beeilen wird, Abhilfe zu verschaffen, da meiner Meinung nach weder die nordamerikanische, noch die preußische Regierung irgend ein Interesse daran haben können, den betreffenden Consul, der widerrechtliche Gewalt ausgeübt hat, in Schutz zu nehmen. Ich würde der Staatsregierung jedoch dankbar sein, wenn sie dies noch ausdrücklich constatiren wollte.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich habe zu bemerken, daß sich in Jerusalem ein preußisches Consulat nicht mehr befindet, sondern daß das Consulat ein Bundesconsulat ist. Daraus erklärt sich, daß der Staatsregierung bisher über diese Angelegenheit keine Berichte zugegangen sind. Sie wird aber Veranlassung nehmen, das Material zur weiteren Veranlassung an das Bundeskanzleramt zu übergeben. (Große Sensation.)

Es folgt der mündliche Bericht der Finanzcommission über den Gesetz-Entwurf, betr. die Verwaltung der durch die Verordnung vom 15. Septbr. 1867 geschlossenen Beamten-, Wittwen- und Waisenkassen und die Verwendung ihres Vermögens. Ref. Abg. Schubarth. Die Commission empfiehlt Annahme des Gesetzes mit einer unwesentlichen redactionellen Aenderung.

Abg. Windthorst (Meppen): Es handelt sich hier um ein wichtiges Princip. Das Vermögen, über das hier verfügt werden soll, war ausdrücklich ein Gut der Interessenten und sollte absolut getrennt von allen anderen Kassen verwaltet werden. Diese Bestimmung ohne Einwilligung der Interessenten zu beseitigen halte ich nicht für zulässig. Wir haben heute allerdings nicht mehr res integra, das heutige Gesetz erscheint mehr oder weniger als eine Ausführungsmaßregel, eine vollständige Remedur gegen die Verordnung vom 15. September 1867 ist nicht mehr möglich. Aber wenn wir auf diesem Wege der Expropriationen fortfahren, so kommen wir schließlich dahin, auch alle milden Stiftungen, wie sie an Kirchen oder Schulen bestehen, für den Staat einzuziehen; eine derartige Vermischung des Privat- und des Staatseigenthums halte ich für überaus gefährlich, und deswegen kann ich auch hier nicht darauf eingehen. Zum Schluß frage ich noch, ob die Beamten, welche jetzt in einer bestimmten Klasse sind, nach Maßgabe des Einkommens, das sie bisher hatten, falls sie in eine höhere Klasse und Einnahme kommen, auch in den Klassen der Wittwenkasse avanciren werden? Ich würde das für gerecht halten, im anderen Falle würde ich diese Beamten in ihrem Rechte für wesentlich beeinträchtigt halten.

Der Finanzminister: Es ist nicht möglich gewesen, den Herrn Redner von hier aus im Zusammenhange zu verstehen. Wenn ich nicht irre, hat er gesagt, es sei ohne Zustimmung der Interessenten vorgegangen; das ist nicht richtig, der Entwurf hat die Zustimmung des Ausschusses der Interessenten in Hannover ausdrücklich gefunden.

Abg. Windthorst: Es kann möglicherweise der Ausschuß gefragt sein, der Ausschuß war aber nur zur Verwaltung des Vermögens, nicht zur Disposition darüber da. Ich bleibe dabei: die Interessenten selber sind nicht gefragt worden.

Zu § 1 des Gesetzes wiederholt Abg. Windthorst seine obige Frage, die von dem Finanzminister dahin beantwortet wird, daß die Absicht der Staatsregierung mit der vom Abg. Windthorst geäußerten Ansicht über diese Sache übereinstimmend sei.

Nach einer kurzen Discussion wird der Gesetz-Entwurf genehmigt.

Es folgt der mündliche Bericht der Finanz-Commission über das Gesetz, betreffend die Beschränkung der in den neuen Landestheilen in Verwaltungs-Angelegenheiten zur Erhebung kommenden Gebühren und Sporteln. Referent Abg. Agricola.

Das Haus genehmigt ihn ohne Debatte.

Es folgt die Schlußberathung über das Gesetz, betreffend das Recht der im preußischen Unterthanenverhältniß stehenden Civilbeamten des norddeutschen Bundes zum Eintritt in die allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt: „Bis zum Erlasse eines Bundesgesetzes über die Pensions-Verhältnisse der Wittwen der Bundesbeamten sollen diejenigen Civilbeamten des norddeutschen Bundes, deren Ernennung dem Bundes-Präsidium zusteht, soweit sie preußische Unterthanen sind, in Bezug auf die Berechtigung, der preußischen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt beizutreten, den preußischen Civilbeamten gleichstehen."

Namens der Commission beantragt Abg. v. Bender, das Gesetz unverändert anzunehmen, da dasselbe einen Act der Billigkeit gegen die betreffenden Beamten enthalte, ohne von großer finanzieller Bedeutung für die Kasse zu sein.

Das Gesetz wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Bericht der vereinigten Commissionen für Finanzen und Handel über verschiedene, Eisenbahnbauten betreffende Petitionen.

Die erste Petition ist eine der Stadtverordneten der Stadt Menden. Die Commission beantragt: Die Petition der Regierung mit der Aufforderung zur Berücksichtigung zu überweisen, daß ein angemessener Theil der der Staatskasse verfallenen Köln-Soester Caution von 500,000 Thlr. auf Grund des Cautions-Vertrages vom 15. März 1864 zur Subvention Behufs Herstellung eines Eisenbahn-Anschlusses an die Stadt Menden verwendet werde.

Abg. v. Vincke (Minden) stellt den Gegenantrag: „Die Regierung aufzufordern, die Verwendung der verfallenen Caution des Deutz-Soester Eisenbahn-Unternehmens im Betrage von 500,000 Thlrn. nebst Zinsen gesetzlich regeln und und in diesem Sinne über einen aus dem genannten Fonds zu entnehmenden Beitrag zu den Grundentschädigungskosten für eine Eisenbahn von Fröndenberg nach Menden dem Landtage eine Vorlage machen zu wollen."

Reg.-Commissar v. d. Reck: Es schweben über die Sache noch Verhandlungen; sobald diese beendet sind, wird dem Landtage eine Vorlage gemacht werden.

Der Antrag v. Vincke wird angenommen.

Es folgt eine Petition der Bewohner der Stadt Neuwied und der Bürgermeisterei Heddesdorf. Die Commission beantragt: „Die Petition der Regierung mit der dringenden Aufforderung zu überweisen, durch alle ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen und Administrativmittel dafür Sorge zu tragen, daß die bereits concessionirte Eisenbahn auf dem rechten Rheinufer von Ehrenbreitstein nach Siegburg schleunig in Angriff genommen und vollendet würde."

Es entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher Abg. v. Guérard die Rheinische Eisenbahngesellschaft gegen die ihr von den Petenten gemachten Vorwürfe in Schutz zu nehmen sucht; Abg. Dr. Becker aber dieselben in vollem Maße aufrecht erhält. Die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft suche ihr Monopol zu Ungunsten der allgemeinen Verkehrs-Interessen auszubeuten, und komme ihren Verpflichtungen in keiner Weise nach. Sie verzögere den Bau der betreffenden Strecke absichtlich, da sie für sich Nachtheil davon befürchte.

Reg.-Commissar v. d. Reck erklärt im Interesse der öffentlichen Gerechtigkeit die gegen die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft erhobenen Vorwürfe für ungerechtfertigt. Die Beseitigung der bisher bestandenen Hindernisse für den Bau der betreffenden Strecke habe nicht allein in der Macht der Gesellschaft gelegen. — In der Rheinprovinz sei übrigens in keiner Weise Mangel an Communikationsmitteln; im Gegentheil sei sie im Verhältniß zu andern Provinzen durchaus bevorzugt; die Petenten hätten deshalb Unrecht, wenn sie die Sache so darstellen, als ob dort ein „Eisenbahnnothstand" bestände.

Abg. Raitz v. Frentz schließt sich dem Abg. Becker durchaus an. Die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft habe den Bau der fraglichen Bahnstrecke in jeder Weise zu verzögern gesucht. Die Worte des Commissars hätten die neuliche Aeußerung des Handelsministers, welcher Abhilfe gegen die nachtheilige Politik der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft den rechtsrheinischen Interessen gegenüber verheißen, und die dankbare Aufnahme, welche die letztere bei den Betheiligten gefunden, in unangenehmer Weise abgeschwächt. Er empfehle den Antrag der Commission. — Abg. Frech thut dasselbe.

Abg. Böhmer: Daß die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft außer von Herrn Guérard auch vom Ministertische aus in Schutz genommen wird, wundert mich nicht; denn ich spreche es offen aus, die königliche Staats-Regierung ist lange Zeit der Complice der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft gewesen (hört, hört!); ich meine damit nicht den gegenwärtigen Handelsminister, sondern seinen Vorgänger. (Hört! hört!). — Redner weist nach, wie die Rheinische ihr Monopol überall nur zu ihrem Vortheile zu Ungunsten der allgemeinen Verkehrsinteressen ausgebeutet habe und leider häufig von der Regierung darin unterstützt worden sei, indem sie die Concurrenz anderer Bahnen, der Köln-Mindener und Bergisch-Märkischen, auszuschließen suchte. Die Petition sei in allen Punkten gerechtfertigt. Er polemisirt sodann gegen den Abg. v. Guérard, der allerdings sehr ausführliches Material vorgebracht habe, was er aber wohl kaum in seiner Eigenschaft als Abgeordneter erhalten habe, sondern wohl als Mitglied des Verwaltungsraths der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft (hört! hört!) — Präsident v. Forckenbeck: Ich muß den Redner unterbrechen: Herr v. Guérard ist nur als Abgeordneter hier im Hause, nicht als Mitglied des Verwaltungs-Raths einer Eisenbahn-Gesellschaft. — Abg. Böhmer (fortfahrend): Ich habe auch nur gesagt, daß er seine Informationen daher sich verschafft habe. Redner fordert zum Schluß die Regierung dringend auf, das Haus mit allgemeinen Vertröstungen zu verschonen und offen auszusprechen, daß sie fest entschlossen sei, energisch gegen die Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft aufzutreten und ihr eine Präklusivfrist für Ausführung ihrer Verpflichtungen bei Verlust der Concession zu stellen. Er bedauert, daß der Handelsminister nicht selbst anwesend sei, sonst würde er ihm zurufen: „Landgraf werde hart!"

Regierungs-Commissar v. d. Reck: Namens der Regierung muß ich auf das Entschiedenste den herben Vorwurf zurückweisen, daß unter dem früheren Handelsminister zu Gunsten der Rheinischen Gesellschaft die Interessen des öffentlichen Verkehrs verletzt seien. Ich kenne die Verhandlungen sämmtlich, und es ist mir nichts bekannt, was zu diesem ungerechten Vorwurfe auch nur die geringste Veranlassung geben könnte. Ich bin entschieden der Ansicht, daß die Rheinische Gesellschaft seit Ertheilung der Concession sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, womit sie die Vorwürfe verdient hätte, die ihr in letzter Zeit im Hause sowohl, wie in der Presse gemacht worden sind.

(Der Finanzminister v. d. Heydt ist während dieser Debatten nicht anwesend.)

Ref. Abg. Dr. Hammacher befürwortet nochmals den Commissionsantrag, der fast einstimmig angenommen wird.

Ueber mehrere Petitionen, betr. verschiedene in den Herzogthümern Bremen und Verden (Provinz Hannover) auf Staatskosten oder mit Zinsgarantie zu erbauende Eisenbahnen, wird nach dem Antrag der Commission zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt der erste Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über Petitionen.

Gustav Bonn und zwanzig Kalkbrennereibesitzer in Berlin, Freienwalde u. s. w. tragen vor: „Die fiscalische Verwaltung des Steinbruches zu Rüdersdorf beabsichtige, den Steinbruch durch eine Zweigbahn mit der Berlin-Küstriner Bahn in Verbindung zu setzen, an der Berlin-Küstriner Bahn bis 40 Kalköfen zu erbauen und vermittelst der Bahn sowohl Kalksteine wie gebrannten Kalk in die entlegensten Gegenden zu vertreiben. Sie hätten sich im Frühjahr 1867 an den Handelsminister gewendet, seien aber ohne Antwort geblieben, und ersuchen nun das Haus: „die Regierung zu veranlassen, von dem Bau einer Zweigbahn von Rüdersdorf nach der Berlin-Küstriner und der projectirten Errichtung von Kalköfen für fiskalische Rechnung Abstand zu nehmen."

Aehnliche Beschwerden enthalten die Petitionen des Fabrikanten Schildknecht zu Freienwalde und des Schiffer Kreiter mit 184 Genossen.

Petenten stützen sich darauf, daß der Staat keine Privatindustrie treiben dürfe, zumal es nie an Absatz für das Rohproduct gefehlt habe.

Die Commission beantragt die Tagesordnung über diese Petitionen und das Haus tritt ihr bei.

Abg. Dr. Becker berichtet darauf für die Commissionen für Handel und Finanzen über die Petition des Commercienrathes Friedrich Bohn in Koblenz, betreffend die Herstellung einer Moselbahn, und beantragt den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Raitz v. Frentz empfiehlt, die Petition aus handelspolitischen und militärischen Gründen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Ein großer Stratege habe auf die Frage, wie der Verlust der Festung Luxemburg zu ersetzen sei, geantwortet, man baue die Moselbahn! Ein Blick auf das französische Eisenbahnnetz, das die Grenzen des Landes mit seiner Hauptstadt und allen wichtigen Festungen und Waffenplätzen in Verbindung setze, werde genügen, um die Nothwendigkeit des Baues der Moselbahn zu erkennen. Gehe das Haus zur T.-O. über, so werde ein solches Votum als Gleichgültigkeit gegen die militärische Sicherheit des Landes ausgelegt werden können.

Der Antrag auf T.-O. wurde gleichwohl mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht der Commission für die Agrar-Verhältnisse über die Petition der Eingesessenen Marx Beckmann und Gen. zu Mehlbeck in Holstein, betr. die Ablösung ihrer der Gutsherrschaft zu leistenden Hand- und Spanndienste. — Der Antrag der Commission, die Petition der Regierung zu überweisen, mit dem Antrage, dem Landtage den Entwurf zu einem Gesetze über die Ablösung der Reallasten in Schleswig-Holstein vorzulegen, — wird angenommen, nachdem der Minister von Selchow die Uebereinstimmung der Regierung mit demselben ausgesprochen hat. Derselbe erklärt, daß ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf bereits vorbereitet werde, und würde das Haus bei Vorlegung desselben Gelegenheit haben, seinen Wünschen Ausdruck zu geben.

Darauf folgt der 2. Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über Petitionen. Ueber eine Petition der Hausbesitzer F. Eckert und Genossen in Breslau (mit ca. 3600 Unterschriften), die sich gegen die Ausführung des Gesetzes vom 9. März 1867, soweit es sich um die Breslauer Verbindungsbahn handelt, richtet, beantragt Referent Abg. Becker zur Tagesordnung überzugehen.

In derselben wird vorgetragen, die königliche Direction der Niederschlesisch-Märkischen und der Oberschlesischen Eisenbahn gehe mit dem Plane um, die jetzige Verbindungsbahn auf dreifaches Geleise zu erbreitern und auf einen 14 bis 17 Fuß hohen Damm zu legen. Dieser Damm soll vom Oberschlesischen Bahnhofe ausgehend, die jetzige Richtung der Verbindungsbahn bis da, wo der Fußweg nach Höfchen von der Friedrichsstraße abgeht, beibehalten, sich von da in einer Kurve südwestlich wenden, die Freiburger und Niederschlesisch-Märkische Bahn mit Brücken überschreiten und in die Posener einmünden. Petenten behaupten, daß dieser Bauplan durchaus nicht dem Sinne des Gesetzes, beziehungsweise der Vorlage der Staatsregierung, auf welche hin der Landtag seine Zustimmung zum Gesetze ertheilt habe, entspreche, und daß er zum Schaden von Breslau sei.

Abg. Laßwitz vertritt mit großem Nachdruck sowohl das Interesse der Petenten, die durch den projectirten Bau einen Verlust von ½ Million an dem Werth ihrer in der Nähe des Verbindungsbahnkörpers gelegenen Grundstücke erleiden würden, als das allgemeine städtische Interesse und beantragt, die Petition: „Die Staatsregierung zu ersuchen, den Bau der Breslauer Verbindungsbahn nicht auszuführen, sondern die Sachlage nochmals zu prüfen und darnach zu befinden, ob nicht ein anderweitiger Bauplan auszuarbeiten sei" der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Redner fügt hinzu, daß Petenten der Vorwurf der Kleinstädterei nicht treffe und daß sie keine „Mottenburger" seien. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kirchmann unterstützt den Antrag des Vorredners. Es sei dringend nothwendig, daß die Regierung den Bauplan noch einmal in Erwägung ziehe, um sich davon zu überzeugen, wie gefährlich derselbe sei. Die Bedenken gegen die von den Petenten vorgeschlagene Linie kämen hier gar nicht in Betracht, weil durch Annahme des Laßwitz'schen Antrages die Linie selbst noch gar nicht festgestellt werde.

Der Regierungs-Commissar Koch sucht die Bedenken und Einwürfe der Vorredner gegen den Bauplan zu widerlegen. Die von den Petenten empfohlene Linie würde den Interessen der Stadt Breslau viel weniger entsprechen. In Betreff des Viaducts erinnere er an den schönen, allerdings in größerem Verhältniß ausgeführten ähnlichen Bau in Paris.

Abg. v. Richthofen (Jauer) empfiehlt den Antrag der Commission, desgleichen Referent Abg. Dr. Becker, weil eine Petition gegen einen bereits definitiv festgestellten Bauplan unberechtigt sei, wenn sie nicht von einem vollständigen Gegenplan begleitet werde.

Der Antrag der Commission wird angenommen und damit der des Abg. Laßwitz erledigt.

Zwei Eingesessene des Kreises Biedenkopf petitioniren: „das Haus wolle der Regierung den baldigen Abschluß eines Vertrages, welcher die Ausführung der Lenne-Lahnbahn mit der Zweigbahn nach Wetzlar in möglichst kurzer Zeit sichert, dringend empfehlen."

Referent Dr. Becker beantragt Uebergang zur Tagesordnung, Abg. Mayer (Nassau) Ueberweisung an die Staatsregierung. Dem letzteren tritt Abg. Braun (Herzfeld) bei mit der Bitte den Hessen doch das harmlose und wohlfeile Vergnügen der Ueberweisung zu bereiten, zumal höchstens an eine Zinsgarantie gedacht werde und Hessen-Darmstadt seine Bahnbauten in auffälliger contrastirender Weise beschleunige.

Regierungs-Commissar v. d. Reck warnt davor, neue Verpflichtungen für Eisenbahnunternehmungen zu übernehmen, nachdem Preußen sehr erhebliche Anstrengungen in dieser Beziehung gemacht hat. Es sei nicht gerathen den Geldmarkt noch weiter in Anspruch zu nehmen und die Börse mit neuen Werthen zu überbürden.

Abg. Mayer motivirt seinen Antrag dadurch, daß die verlangte Bahn ein Lebensbedürfniß für den Kreis Biedenkopf sei, deren Eisensteinproduction der wichtigsten Verkehrsmittel entbehre und durch besser bedachte Concurrenzen leiden müsse.

Das Haus tritt dem Antrage auf Tages-Ordnung bei.

Letzter Gegenstand der T.-O. ist der Bericht der Commissionen für Finanzen und Handel über Petitionen, betreffend das Münzwesen in den neu erworbenen Landestheilen. Die Gewerbetreibenden von Hanau, Fulda und Schlüchtern bitten, daß die Verordnung vom 24. August v. J., das Münzwesen in den neuerworbenen Landestheilen betreffend, für die südlichen Theile des ehemaligen Kurfürstenthums Hessen wieder aufgehoben werde. Referent v. Bennigsen beantragt Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung und Abhilfe.

Reg.-Commissar Meinecke bemerkt, daß die Beschwerde zum Theil bereits erledigt sei, zum Theil nur durch Beseitigung des jetzigen gesetzlichen Zustandes erledigt werden könne. Die Inconvenienzen, die das neue Münzgesetz in allen Grenzdistricten veranlasse, würden durch die Regierung so weit als möglich gemindert.

Der Antrag der Commission wird genehmigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. (Tages-Ordnung: Eine ungewöhnlich große Zahl bisher unerledigter Vorlagen aller Art.)

Berlin, 19. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Bürgermeister Pienitz zu Pirna im Königreich Sachsen den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Banquier Emil Ebeling zu Berlin den königl. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Rittergutsbesitzer Bethge auf Billberge im Kreise Stendal, dem Wundarzt Vollmer zu Berlin, dem Castellan des Schlosses in Coblenz, Ingenwerth, dem Rentier Moses Pintus zu Brandenburg a. H. und dem Hotelbesitzer Kayser zu Dresden den königl. Kronen-Orden vierter Klasse, dem Bürgerältesten Wilhelm Schulz zu Garnsee im Kreise Marienwerder das Kreuz der vierten Klasse des königl. Haus-Ordens von Hohenzollern, sowie dem Ober-Post-Conducteur Lohel zu Wesel, dem Ober-Briefträger Fritzen zu Köln, dem Schullehrer Rodewaldt zu Hohnhorst, Amts Celle, dem städtischen Packhofs-Aufseher Klingebiel zu Magdeburg und dem Kreisgerichts-Boten, Executor und Gefangenenwärter Radig zu Müncheberg im Kreise Lebus das allgemeine Ehrenzeichen verliehen; die Wahl des Domcapitular, Consistorial-Raths Godehard Joseph Müller zum Director des Gymnasii Josephini in Hildesheim bestätigt; dem Kreisgerichts-Director Anz zu Höxter bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geh. Justiz-Rath und dem Commercien-Rath Emil Prätorius in Berlin den Charakter als Geh. Commercien-Rath verliehen.

Berlin, 19. Febr. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge der Hofmarschälle Graf Keller, Graf Pueckler und Graf Perponcher, des Geh. Cabinetsraths von Muehler und des Geheimen Raths Bork entgegen und ertheilten dem Grafen zu Stolberg-Stolberg Audienz.

[Ihre Majestät die Königin] erschien gestern mit Sr. Maj. dem Könige auf dem Feste der kaiserlich französischen Botschaft.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen, empfing den Ober-Ceremonienmeister, Grafen von Stillfried; dinirte bei Ihren königl. Majestäten und erschien Abends in der Soirée des kaiserl. französischen Botschafters. (St.-A.)

[Wahl.] Im Wahlbezirk Gnesen ist Dr. Carl Libelt (Pole), der sein Mandat niedergelegt hatte, mit 325 von 361 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden.

Königsberg, 17. Febr. [Typhus.] Abermals ist ein Arzt dem Typhus erlegen; der **Kreisphysikus Dr. Ostowski in Löbau.**

Dresden, 19. Febr. [Die zweite Kammer] hat in der heutigen Berathung des Budgets einen Antrag auf baldige Aufhebung des Instituts der Communalgarden angenommen. Die Regierung erklärte ihre Zustimmung zu diesem Antrage.

Stuttgart, 19. Febr. [Das Abgeordnetenhaus] genehmigte die von der Regierung geforderte Bewilligung des Etats für 3 Jahre. Wegen der günstigen Finanzlage ist nur ein Steuerzuschlag von 10 pCt. erforderlich.

Oesterreich.

Wien, 18. Februar. [Die Rede des Königs von Hannover] lautet nach der „N. Fr. Pr.": „Ich danke euch noch einmal herzlich und innig dafür, daß ihr zu diesem Feste gekommen; es ist dies ein Familienfest, als ob ein Vater seine Kinder versammle. Daß ihr erschienen, zeugt für die Zusammengehörigkeit des Welfenhauses mit dem Volke von Hannover; ich hege die Ueberzeugung, daß ich als freier König wieder nach Hannover zurückkehren werde. Auch mein Ahne Heinrich der Löwe mußte aus seinem Lande, und ebenso brachte mein Großvater Jahre außer seinem Lande zu; aber Beide sind zurückgekehrt und fanden ein größeres Welfenreich wieder. So giebt mir die Vorsehung die Berechtigung zu dem Glauben, daß ich als freier und unabhängiger König wieder nach Hannover zurückkehren werde. Hannover, es lebe hoch!"

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Paris, 19. Febr. Der Präsident des gesetzgebenden Körpers leidet an vollständiger Heiserkeit, sein Zustand hat indeß nichts Bedenkliches. Der Minister Frankreichs in Japan, Rocher, ist aus Gesundheitsrücksichten zur Disposition gestellt.

„Patrie" erklärt die Nachricht, Graf Menebrea habe die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Intriguen des Palastes Farnese gelenkt, für unbegründet, und fügt hinzu, Menabrea wisse sehr wohl, daß das kaiserliche Cabinet unablässig bemüht gewesen sei, seinerseits die Hoffnungen und ehrgeizigen Anschläge zu entmuthigen, welche die Ereignisse der letzten Zeit in der Umgebung des Königs Franz II. hätten erwecken können, und andererseits der Regierung des Papstes begreiflich zu machen, daß sie sorgfältig alle gegen Italien gerichteten Unternehmungen und feindlichen Machinationen verhindern müsse. — Briefe desselben Blattes aus Canea vom 7. d. M. sprechen von drei neuen Zusammenstößen zwischen den Insurgenten und den türkischen Truppen, in welchen letztere die Oberhand behalten hätten.

„France" dementirt, daß für die Verhandlungen wegen des Concordats zwischen dem heiligen Stuhle und Oesterreich die Dienste der französischen Regierung erbeten seien.

„Etendard" macht in einem Telegramme aus Nizza vom 18. Abends die Mittheilung, daß der Zustand Königs Ludwig I. von Baiern wieder beunruhigend geworden ist. Die Aerzte bereiten eine zweite Incision in das Bein vor.

Paris, 19. Febr. Gesetzgebender Körper. Berathung des Preßgesetzes. Jules Simon begründet ein Amendement, welches die Aufhebung des Art. 8 des Gesetzes von 1819 fordert, der über die Bestrafung der Angriffe auf die öffentliche Moral und die Religion handelt. Beauverger verlangt Namens der Commission Aufrechthaltung des Artikels. Das Amendement Simon wird verworfen.

London, 19. Febr. Aus New-York vom 8. d. wird gemeldet, daß der Finanzausschuß des Senates über eine Bill Bericht erstattete, durch welche die Emission einer fünfprocentigen in 40 Jahren zu amortisirenden Anleihe im Betrage der gesammten Nationalschulden, mit Ausnahme des mit 5 pCt. verzinslichen Theiles derselben genehmigt werden soll. Die Rückzahlung des Capitals und der Zinsen dieser Anleihe soll in Metall erfolgen. Die Regierung hat die Befugniß, die Tilgung nach 10 Jahren eintreten zu lassen. — Der Finanzausschuß referirte ferner über einen Gesetzentwurf, durch welchen der Betrag der in Cirkulation befindlichen Noten des Staats und der Staatsbanken auf 700 Millionen normirt werden soll.

Aus Veracruz vom 2. Februar wird gemeldet, daß die Rebellen in Yucatan zersprengt worden sind. Die Truppen Juarez' besetzten Merida. Diaz und Escobedo sind von ihren bisherigen Stellungen zurückgetreten. — Die Geistlichkeit in Hayti hat Salnave excommunicirt. Die englische Regierung hat den Anforderungen des letzteren gegenüber abgelehnt, ihre Gesandtschaft abzuberufen.

Konstantinopel, 18. Februar. Gutem Vernehmen nach hat die Pforte beschlossen, die auf die kretensische Frage bezüglichen diplomatischen Actenstücke zu veröffentlichen.

Bombay, 29. Jan. Gutem Vernehmen nach treffen die Russen energische Vorbereitungen zum Bau der Eisenbahn von Orenburg nach Taschkend und Khokand. — Auf einem Schiff, welches englische Truppen nach Abyssinien überführt, ist die Cholera ausgebrochen.

London, 18. Februar. Der Staatssecretär für Indien Northcote erwiderte auf eine Interpellation des Mr. Fawcett, daß die Regierung mit Absicht unterlassen habe, Egypten zur Mitwirkung bei der Abyssinischen Expedition aufzufordern. Der Commandeur der Expeditionstruppen, Sir Robert Napier habe vor Kurzem die englische Regierung über eine Bewegung egyptischer Truppen in der Richtung nach Massovah benachrichtigt, welche offenbar die Absicht Egyptens erkennen lasse, Truppen in das Innere Abyssiniens zu entsenden. Die Regierung habe darauf dem Vicekönige von Egypten Vorstellungen gemacht und von ihm begehrt, daß gegen das Vorgehen der Truppen Contreordre erlassen werde. Der Vicekönig habe auch diese Vorhaltungen in freundschaftlichem Sinne aufgenommen und erklärt, daß er die nach Massovah gesendeten Bataillone zurückberufen werde. Die Regierung sei indessen weder über die weiteren Bewegungen der Egypter noch darüber informirt, ob König Theodorus schon bei Magdala angelangt sei.

(T. B. f. N.)

Madrid, 18. Februar. Es heißt, daß vorgestern zwischen einer circa 50 Mann starken Carlisten-Bande und der Gendarmerie ein Kampf stattgefunden hat, wobei mehrere Verwundungen vorgekommen sein sollen. Die Polizei hat in Navarra 3000 Portraits von dem ältesten Sohne Don Juans, welchen seine Anhänger Carl VII. nennen, mit Beschlag belegt. Gerüchtweise verlautet, Orbio, der Minister der öffentlichen Arbeiten, wird seine Demission einreichen.

(T. B. f. N.)

Bombay, 29. Januar. Innerhalb der letzten vierzehn Tage sind ungefähr 30 Schiffe mit der dritten Brigade der Feld-Armee und den für die Expedition bestimmten Thieren von hier nach Abyssinien abgegangen. Die Einschiffung der vierten Brigade ist noch auf unbestimmte Zeit aufgeschoben. Große und erfolgreiche Anstrengungen sind von dem hiesigen Commissariat gemacht, um die Requisitionen des Oberbefehlshabers der Expeditions-Armee, welcher mehr Thiere und Vorräthe fordert, zur Ausführung zu bringen. Aus Bombay sind im Monat December über 13 Millionen Pfund Baumwolle ausgeführt.

(T. B. f. N.)

Provinzial-Zeitung.

≏ **Breslau,** 18. Febr. [Stadtgerichts-Deputation.] Eine ganz eigenthümliche Art von vorsätzlicher Körperverletzung, wie sie wohl selten im Criminalverfahren zur Sprache gebracht werden dürfte, wurde dem Restaurateur August Krause schuldgegeben. Derselbe schoß nämlich Mitte April v. J. in seinem Restaurationslocale bei dem Ohre des als Gast anwesenden Bauer Josef Ließ aus Kl.-Graben, während derselbe auf den Tisch gelehnt neben mehreren Gästen sitzend schlief, ein Pistol ab, so daß derselbe erschreckt aufwachte. Ließ wollte aber nicht blos aufgewacht, sondern auch taub geworden sein und wenigstens 5 Wochen lang das Gehör verloren haben. Es wurde in der Anklage angenommen, daß der Vorsatz des Krause auf die Störung des Wohlbefindens des Ließ gerichtet gewesen sei, so daß erhebliche Mißhandlung resp. Körperverletzung vorliege. In der mündlichen Verhandlung wies der Angeklagte nach, daß er nicht mit einem gewöhnlichen, sondern mit einem durch Knallsilber zu ladenden Kinderpistol geschossen habe. Er hatte dasselbe zur Stelle gebracht und der Vertheidiger Justizrath Guhrauer schoß dasselbe im Termine ab. — Es wurde ferner nachgewiesen, daß es mit dem angeblichen Gehörverlust des Ließ nicht ganz richtig sei. Der Vertheidiger beantragte Freisprechung, weil bei der Eigenschaft des gebrauchten Pistoles als eines Kinderspielzeuges offenbar der Vorsatz des Angeklagten nicht auf die Störung des Wohlbefindens gerichtet gewesen sein könne, höchstens dürfte grober Unfug angenommen werden. Der Gerichtshof nahm eine solche Uebertretung an und strafte mit 5 Thlr. Geldbuße.

=ch= **Oppeln,** 19. Febr. [Von der Oder.] Die unterhalb Oppeln befindliche Eisversetzung von Sacrau bis Zelasno, deren wir in früheren Referaten gedacht, hat sich heute in Bewegung gesetzt, ist aber vorläufig bei Groß-Döbern wieder zum Stehen gekommen. Somit ist die Oder zur Zeit von Oppeln bis zu dem vor Groß-Döbern liegenden Dorfe Klein-Döbern frei. Bei Oppeln steht das Wasser 7 Fuß. In dem hiesigen Mühlgraben, einem Oderarme, sind bereits Schiffe eingefahren, obwohl das im oberen Theile desselben lagernde Eis noch nicht abgegangen war; dasselbe erwies sich schon so mürbe, daß es dem Durchgange der Schiffe kein Hinderniß in den Weg stellte. — Die vor einigen Tagen bei Czarnowanz aus ihren Ufern ausgetretene Malapane ist, dem Sinken des Wasserspiegels in der Oder entsprechend, bedeutend gefallen und die vorhanden gewesene Ueberschwemmung der angrenzenden Ländereien ist in Folge dessen wiederum gewichen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 19. Febr. 10 U. Ab.	333,54	—0,8	SO. 2.	Heiter.
20. Februar 6 U. Mrg.	333,80	—1,4	SO. 1.	Trübe, Reif.

Breslau, 20. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 8 Z. U.-P. 5 F. 5 Z. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 19. Febr., Nachm. 3 Uhr. Sehr fest und belebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 92⅞ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 15. Italien. 5proc. Rente 44, 35. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 560, —. Credit-Mobil.-Actien 225, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 378, 75. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 351, 25. 6proc. Ver. St.-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 81½.

London, 19. Februar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92⅞. 1proc. Spanier 36 3/16. Italien. 5proc. Rente 44 1/16. Lombarden 15 1/16. Mexicaner 15⅞. 5proc. Russen 86⅞. Neue Russen 86⅛. Silber 60 7/16. Türk. Anleihe von 1865 32½. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 72⅛.

Frankfurt a. M., 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 101½. Oesterr. National-Anleihe 55⅛. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75¾. Hessische Ludwigsbahn 130⅜. Baierische Prämien-Anleihe 100¼ B. 1854er Loose 63. 1860er Loose 71⅝. 1864er Loose 82¾. — Fest und aber ruhig. Russ. Bodencredit 77. Nach Schluß der Börse: Creditactien 195, Staatsbahn 262¾.

Frankfurt a. M., 19. Febr., Abends. [Effecten-Societät.] Sehr fest. Amerikaner 75¾. Creditactien 195⅞. Steuerfreie Anleihe 50⅝. 1854er Loose 62⅝. 1860er Loose 71¾. Oesterr. 5% Anleihe von 1859 64¾. Staatsbahn 263⅝. Nationalanleihe 55¾.

Wien, 19. Febr. [Abend-Börse.] Credit-Actien 192, 40. Staatsbahn 260, 70. 1860er Loose 83, 10. 1864er Loose 81, 10. Nordbahn 176, 30. Galizier 207, 50. Lombarden 173, 50. Napoleonsd'or 9, 41. — Schluß animirt.

Hamburg, 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anl. 85. National-Anleihe 57. Oesterr. Credit-Actien 83⅛. Oesterreichische 1860er Loose 71. Staatsbahn 554. Lombarden 370½. Italien. Rente 43¾. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119. Rheinische Bahn —. Nordbahn 95. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 98. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 97½. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69. Disconto 1¾ pCt. — Sehr fest. Für Lombarden sehr lebhafte Kauflust.

Hamburg, 19. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, Weizen und Roggen auf Termine fester Weizen per Februar 5400 Pfd. netto 181 Bancothaler Br., 180 Gld., per Febr.-März 180 Br., 179 Gld., per Frühjahr 180 Br., 179 Gld. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gld., per Februar-März 141 Br., 140 Gld., per Frühjahr 139 Br., 138½ Gld. Hafer fest. Rüböl höher, loco 23½, per Mai 24½, per October 24⅝. Spiritus sehr ruhig. Kaffee: Amsterdamer Auction blieb ohne Einfluß; ruhig. Zink loco Specialmarke 13 Mk. 13 Sch.

Liverpool, 19. Febr., Mittags. Baumwolle: 20,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 9⅞. Georgia 9⅝. Fair Dhollerah 8¾. Middling fair Dhollerah 8½. Good middling Dhollerah 8¼. Bengal 7. Good fair Bengal 7½. Fine Bengal —. New fair Oomra 8¾. Good fair Oomra 8¼. Pernam 10. Egyptian —. Smyrna —. Orleans schwimmend 9⅝. Savannah schwimmend —. Schwimmende Mobile —.

Amsterdam, 19. Febr., Nachm. In der heute Seitens der niederländischen Handelsgesellschaft zu Amsterdam abgehaltenen Kaffee-Auction wurden 129,636 Sack Java verkauft und zwar wurden folgende Preise erzielt:

Amsterdam:
Nr. 2 1438 Sack Java Tjilatjab gelblich weiß 40¾ C. (Taxpreis 41¼ C.)
Nr. 3 5406 Sack Java Tjilatjab weiß, bunt 39¼ C. (Taxpreis 40 C.)
Nr. 5 380 Sack Java Tjilatjab weiß, ein wenig gelblich 41 C. (Taxpreis 41¼ C.)
Nr. 18 1792 Sack Java weiß, etwas gelblich und bunt 38 C. (Taxpreis 39 C.)
Nr. 21 2347 Sack Java I. Sorte O cc., blaß grünlich 36¼ C. (Taxpr. 37 C.)
Nr. 25 1141 Sack Java blaß, etwas grau 35¾ C. (Taxpreis 37 C.)
Nr. 27 1172 Sack Java blaß, etwas bunt 36¼ C. (Taxpreis 37½ C.)
Nr. 54 3224 Sack Java Preanger, weiß, 39¾ C. (Taxpreis 40 C.)
Nr. 60 4245 Sack Java Preanger weiß, etwas gelblich 40¾ C. (Taxpreis 40¼ C.)
Nr. 74 2041 Sack Java Preanger weiß, etwas gelblich und bunt 41¼ C. (Taxpreis 42 C.)

Rotterdam:
Nr. 1 2578 Sack Java gelblich-weiß 43¾ C. (Taxpr. 43½ C.)
Nr. 8 6208 Sack Java Melang blaß, grünlich 35 à 36¼ C. (Taxpr. 37 C.)
Nr. 15 508 Sack Java Preanger gelb à 56¼ C.

Middelburg:
Nr. 2 5127 Sack Java Tjilatjab weiß, etwas bunt 39¾ C. (Taxpreis 40½ à 41 C.)

Schiedam:
Nr. 6 1676 Sack Java Preanger gelblich 45½ C. (Taxpreis 45 C.)
Nr. 10 730 Sack Java Sorte Demerary weiß, gelblich 46¾ C. (Taxpreis 46 C.)
Alles verkauft.

Antwerpen, 19. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluß-Bericht.) Starkes Geschäft. Raffin. Type weiß, loco 44 bez., 45 Br.

Bremen, 19. Febr. Petroleum. Standard white, loco 5⅙.

Paris, 19. Februar, Nachmittags. Rüböl pr. Febr. 104, 00, pr. Mai-August 96, 00, pr. Sept.-Decbr. 95, 50, fest. Mehl pr. Febr 93, 00, pr. März-April 93, 00. Spiritus pr. Februar 70, 00.

London, 19. Febr. Getreidemarkt. (Anfangsbericht). Total-Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 9130, Gerste 140, Hafer 950 Quarters. Mehl 1810 Sack, 3770 Faß. Davon fremde Zufuhren: Weizen 8890, Gerste 2030, Hafer 400 Quarters. Mehl 1120 Sack, 3700 Faß. Sehr schwacher Marktbesuch. Weizen zu vollen Preisen gehandelt. Gerste fester. Hafer von Inhabern höher gehalten. — Feuchtes Wetter.

London, 19. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Ladungen in größerer Anzahl eintreffend. Hafer besser. Talg 41⅝. Leinöl ab Hull loco 33¾. Wetter: Regen.

Amsterdam, 19. Februar, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen still. Roggen loco Detailgeschäft, pr. März 312½, pro Mai 317½, pr. Juni 310½. Raps pr. April 70½, pr. October 72. Rüböl pr. Mai 37, pr. November-Decbr. 38½.

[Breslauer Börse vom 20. Febr.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 85—⅛ bez. Oesterr. Banknoten 87⅙—¼ bez. Schles. Rentenbriefe 90¾ Br. Schles. Pfandbriefe 83¼ bez. Oesterreichische National-Anleihe 57 Gd. Freiburger 118¾ Gd. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 185¾—186 bez. u. Gd. Wilhelmsbahn 83—84 bez. u. Br. Oppeln-Tarnowitzer 73½ Br. Oesterr. Creditbank-Actien 84⅛ Gd. Schles. Bank-Verein 111¾ bez. u. Br. 1860er Loose 72½ Gd. Amerikaner 76½—⅝ bez. u. Br. Warschau-Wiener 59¾ bez. u. Gd. Minerva 34¼ bez. u. Br. Baierische Anleihe —. Italiener 44⅝ bez. u. Gd.

Breslau, 20. Februar. Preise der Cerealien.
Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	119—121	116	108—111	Gerste	67—69	65	60—63
do. gelber,	118—121	115	107—110	Hafer	44	43	42
Roggen	96—97	95	91—93	Erbsen	80—84	78	74—76

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps** und **Rübsen.**

Raps	196	186	174	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	182	172	162	
Sommerrübsen	170	160	150	
Dotter	168	158	148	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 18⅚ Br., ⅔ Gld.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 2000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. — Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Berliner Börse vom 19. Februar 1868.

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	95¾ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ bz.
dito 1854.55.57	4½	96 bz.
dito 1859	4½	95¾ bz.
dito 1856	4½	96 bz.
dito 1864	4½	95⅝ bz.
dito 1867	4½	95⅝ bz.
dito 1850/52	4	89½ bz.
dito 1853	4	89½ bz.
dito 1862	4	89½ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83¾ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115½ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96 bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	76¼ bz.
Pommersche	3½	75⅞ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	85½ bz.
Schlesische	3½	83 G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	90½ bz.
Pommersche	4	90⅜ bz.
Posensche	4	88¾ B.
Preussische	4	88¾ bz.
Westph. u. Rhein.	4	92⅞ B
Sächsische	4	90½ G.
Schlesische	4	90¾ bz
Louisd'or 112⅜ G.		Oest. Bk. 86 15/16 bz.
Goldk. 9. 10¼ G.		Russ. Bkn. 85⅛ bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	49¼ bz.
dito Nat.-Anl.	5	57 bz
dito Lot.-A.v.60	5	72 à ¼ bz.
dito dito 64	—	47¼ B.
dito 54er Pr.-A.	4	65 bz. u. G.
dito Eisenb.-L.	—	75¾ bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	44⅝ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85¼ B.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	64⅝ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	59 B.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	51½ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95¾ G.
dito à 300 Fl.	5	91¾ bz.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53¾ bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29⅜ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅜ à 76½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	96 G.
dito II.	4½	94½ G.
dito IV.	4½	92½ bz. u. G.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77½ bz.
Cöln-Minden	4½	98 B.
dito II.	5	— — —
dito	4	84¼ bz.
dito III.	4	83 G.
dito	4½	94 bz.
dito IV.	4	83½ bz.
dito V.	4	83¼ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	82½ B.
dito III. Em.	4	— — —
dito IV. Em.	4½	85½ G.
Gal. Ludwigsb.	5	82⅜ B. n. 78 B.
Niederschl.-Märk.	4	88 G.
dito conv.	4	— —
dito III.	4	86 B.
dito IV.	4½	93¾ G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77¼ G.
dito C.	4	— — —
dito D.	4	84¾ bz.
dito E.	3½	77¼ bz.
dito F.	4½	93 G.
dito G.	4½	92 G.
Oesterr.-Franz.	3	267 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	214 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B gar.	4½	92½ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	29⅜ bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	100 bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	135¼ ½ bz. u. G.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	208¾ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	80¼ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¾ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	163½ bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	197 bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	136¾ bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	65⅛ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118¾ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	135 à 36 bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	81¾ à 83 bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	86¾ bz. u. G.
dito dito	—	5	5	91 bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	89⅞ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150 G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	167 bz. u. B.
Magd.-Leipzig	20	—	4	203 etw.bz.u.B.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	126½ à 27 bz.
Mecklenburger	3	3	4	75½ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	91¼ etw.bz.u.G.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	87¾ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	74½ B.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	185 bz.
dito B.	11⅔	12	3½	163¼ bz. u. G.
dito C.	11⅔	12	3½	185 bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	150 à ¼ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	100¼ à 100 à 1 à 100¾ b.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¼ bz
R. Oderuf. St.-A.	—	—	5	73¼ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88¼ bz. u. G.
Rheinische	7	—	4	117¾ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30½ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	92½ G.
Thüringer	—	—	4	133¼ bz. u. G.
Warschau-Wien	8½	—	5	59¼ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162 G.
Braunschw. B.	—	0	4	97½ G.
Bremer Bank	6½	8	4	115½ G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	109 B.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	95¼ G.
Geraer Bank	7⅜	7⅜	4	100 B.
Gothaer „	7½	5	4	89¼ B.
Hannoversche B.	4	5⅙	4	76½ G.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118 etw. bz.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	110½ G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111½ G.
Luxemburger B.	6	6	4	82 G.
Magdeburger B.	5½	5	4	90 G.
Posener Bank	6½	7½	4	100 bz.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅙	4½	153¾ B.
Thüringer Bank	4	4	4	64⅛ etw. bz.
Weimar	6½	4¼	4	85½ B.
——				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	110 bz.
Coburg. Credb.A.	8½	4	4	76½ G.
Darmstädter „	8½	6½	4	85¾ à ⅞ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2¼ B.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	110 bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	23⅝ bz.
Leipziger „	4	—	4	89¾ G.
Meininger „	7	—	4	90¼ etw bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19½ B.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	83¼ a 84 bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	111½ B.
——				
Minerva	1	—	5	33⅞ bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	134 G.

Berlin, 19. Febr. Weizen loco 90—108 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität bez. — Roggen loco 78—81pfd. 80—81 Thlr. pro 2000 Pfd. bez. — Rüböl loco 10¾ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 19⅝ Thlr. bez., pro Febr. und Febr.-März 19⅔ Thlr. bez., April-Mai 20 1/24—1/12 Thlr. bez. und Br., 1/24 Thlr. Gld., Mai-Juni 20⅓ —¼—⅓ Thlr. bez., Juni-Juli 20⅔ Thlr., Juli-Aug. 21—20 11/12 - 21 Thlr. bez.

⌗ **Breslau,** 20. Februar. Die Angebote waren heute nur mittelmäßigen Umfangs, weshalb sich Preise ungefähr behaupteten.

Weizen preishaltend, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 108—120 Sgr., gelber 106—119 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen bei ruhiger Kauflust, pr. 84 Pfund 91 bis 96 Sgr., feinste Sorte 97 Sgr. bezahlt. — Gerste war begehrt, pr. 74 Pfd. gelbe 60 bis 62 Sgr., helle 63—66 Sgr., weiße 68—70 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, beachtet, pr. 50 Pfund 40—44 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen behauptet. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfund 64—70 Sgr. — Oelsaaten in fester Haltung. — Lupinen schwach beachtet, pr. 90 Pfd. gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. Bohnen gute Kauflust, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein gefragt. — Rapskuchen beachtet, 64—67 Sgr. pr. Centner. — Mais (Kukuruz) 78—85 Sgr. pr. Ctnr.

Kleesaat, rothe in Mittelsorten schwer verkäuflich, 11½—13½—15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße in feiner Waare wenig angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee vermehrt angeboten, 7—8—8⅚ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 30—42 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.